

Resolution – Bäder bedarfsgerecht unterstützen und langfristig erhalten

Die Koalition aus CDU, BSW und SPD hat sich im Koalitionsvertrag zum Erhalt der bestehenden Hallenbäder bekannt und bis zur Reform des Kommunalen Finanzausgleichs weitere Unterstützung zugesagt. Dieses Versprechen droht die Brombeer-Koalition zu brechen. Aktuell sind im Haushaltsentwurf 2026/2027 der Thüringer Landesregierung 1 Mio. Euro zur Ausstattung des Bädertransformationsfonds für kleine Kommunen bis 15.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, der mit dem Kommunalstärkungsgesetz beschlossen wurde, eingestellt. Dieser Betrag verkennt die Realitäten in den knapp 40 kommunalen Hallenbädern. Auf Grund stark gestiegener Personal- und Energiekosten ist die Situation dramatisch. Nach dem Aus des Freizeitbades Waikiki droht weiteren Hallenbädern die Schließung. Orte des Kinderschwimmens, der Aus- und Weiterbildung des Katastrophenschutzes, der Wasserwacht und der DLRG, der Polizei und der Feuerwehr sind in akuter Gefahr.

Die Thüringer Hallenbäder zählen zu den wichtigsten Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Sie bedienen als Orte der Begegnungen alle Altersgruppen. In ihnen lernen jährlich 40.000 Kinder das Schwimmen. Sie sind unerlässlich für Selbsthilfegruppen und Reha-Kurse, bedeutend für den Vereinssport und zählen pro Jahr fast zehn Millionen Besucher. Sie sind wichtig für die Wirtschaftsförderung und die Wohnqualität ganzer Regionen.

Wir fordern:

- 1. Die Einhaltung des Koalitionsvertrages, der die Unterstützung der kommunalen Thüringer Hallenbäder zugesichert hat.**
- 2. Die Einstellung von jeweils 30 Mio. Euro in den Doppelhaushalt 2026/2027.**
- 3. Sofortige Gespräche mit Vertretern der Koalitionsfraktionen, um einen abschließenden Vorschlag zum kurzfristigen Erhalt der Thüringer Hallenbäder zu erörtern.**
- 4. Klare Zuständigkeiten und Ansprechpartner: es braucht einen Bäderbeauftragten der Thüringer Landesregierung auf Staatssekretärsebene, der für die Themen Bäderfinanzierung und Bäderkonzeption zuständig ist.**
- 5. Die Fertigstellung der Thüringer Bäderkonzeption 2040 als Grundlage einer zukunftsfesten Bäderlandschaft bis Ende des Jahres 2026.**

Wir betonen, dass wir keine Verlustbringer sind. In den letzten Jahren haben die Badträger im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten Anstrengungen unternommen, ihre Einrichtungen zu sanieren und Betriebskosten zu senken. Bäder sind jedoch immer Zuschusseinrichtungen und können keine Gewinne erwirtschaften. Als Einrichtungen der Daseinsvorsorge ist das auch nicht ihre Aufgabe. Sie sollen vor allen Dingen einer breiten gesellschaftlichen Schicht das Schwimmenlernen und körperliche Gesunderhaltung ermöglichen. Die Koalition setzt mit der möglichen Schließung diese Ziele, die auch ihre sind, leichtfertig aufs Spiel, obwohl in den letzten zwei Jahren hinreichend Lösungsvorschläge des Arbeitskreises Thüringer Bäder und der Badbetreiber zur Stabilisierung der Betriebskosten unterbreitet wurden.